



öffentlich

| Fachbereich  | Dezernent(in) / Geschäftsführer | Datum         |
|--|---------------------------------|---------------|
| Dez2   | StD Jörg Stüdemann              | 05.03.2019    |
| verantwortlich   | Telefon                         | Dringlichkeit |
| Stephanie Samsel   | 2 68 72                         | -             |
| Nicola Kettler   | 2 25 68                         |               |
| Beratungsfolge   | Beratungstermine                | Zuständigkeit |
| Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften | 21.03.2019                      | Kenntnisnahme |
| Hauptausschuss und Ältestenrat                           | 28.03.2019                      | Kenntnisnahme |
| Rat der Stadt  | 28.03.2019                      | Kenntnisnahme |

### **Tagesordnungspunkt**

"Memorandum - Die Stadt zuerst - Zukunftspakt für eine nachhaltige Konsolidierung des Dortmunder Haushalts"

- Abschlussbericht zum Projekt -

### **Beschlussvorschlag**

Der Rat der Stadt Dortmund nimmt den Abschlussbericht des Projektes „Memorandum – Die Stadt zuerst – Zukunftspakt für eine nachhaltige Konsolidierung des Dortmunder Haushalts“ zur Kenntnis.

### **Personelle Auswirkungen**

Keine personellen Auswirkungen.

### **Finanzielle Auswirkungen**

Keine finanziellen Auswirkungen.

Ullrich Sierau  
Oberbürgermeister

Jörg Stüdemann  
Stadtkämmerer/Stadtdirektor

### **Begründung**

Mit Beschluss der Haushaltssatzung 2015 am 19.02.2015 (DS-Nr.: 14257-14-E37) haben der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund und die beschlussfassenden Fraktionen im Rat das Projekt „Memorandum – Die Stadt zuerst – Zukunftspakt für eine nachhaltige Konsolidierung

des Dortmunder Haushalts“ verabschiedet und sich dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2019 strukturelle Einsparungen von insgesamt 60,0 Mio. Euro (15,0 Mio. Euro p. a.) umzusetzen.

Das Projekt wurde seinerzeit ins Leben gerufen mit dem Ziel, zunächst Dortmunds Handlungsfähigkeit für die Haushaltsjahre 2015-2017 weiterhin zu erhalten, um dann im Jahr 2018 den Haushaltsausgleich zu erreichen und schließlich ab 2019 die Entschuldung des städtischen Haushalts angehen zu können.

Der Rat der Stadt Dortmund hat im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2016 Maßnahmen für das Projekt Memorandum mit strukturellen Einsparungen in Höhe von 14,50 Mio. Euro für das Jahr 2016 berücksichtigt (DS-Nr.: 03291-15). Im Laufe der Bewirtschaftung konnte dieser Wert auf 15,1 Mio. Euro ausgeweitet werden.

Mit Beschluss des Haushaltsplans 2017 (DS-Nr.: 05389-16-E2) wurden gleichzeitig Maßnahmen des Memorandums mit einem Volumen in Höhe von 16,2 Mio. Euro (DS-Nr.: 05388-16) im Haushaltsjahr 2017 durch den Rat der Stadt Dortmund berücksichtigt.

Der am 14.12.2017 vom Rat der Stadt Dortmund beschlossene Haushaltsplan 2018 (DS-Nr.: 08581-17-E18) enthält strukturelle Verbesserungen aus Maßnahmen des Memorandums in Höhe von 14,9 Mio. Euro. Gleichzeitig mit dem Haushalt hat der Rat den im Rahmen der Haushaltsberatungen im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften vorgebrachten Vorschlag, die strukturelle Verbesserungen des Memorandums von jährlich 15,0 Mio. Euro auf 20,0 Mio. Euro zu erhöhen beschlossen. Die Differenz der bereits im Haushaltsplan enthaltenen Verbesserungen des Memorandums zur neuen Zielgröße sollte einvernehmlich im Rahmen der laufenden Bewirtschaftung erbracht werden. Insgesamt konnten so im Haushaltsjahr 2018 Verbesserungen in Höhe von 19,6 Mio. Euro durch das Memorandum realisiert werden. Durch u.a. die Aufforderung, die Budgets restriktiv zu bewirtschaften, konnten im Jahresabschluss 2018 noch über die Maßnahmen des Memorandums hinaus Verbesserungen in Millionenhöhe generiert werden, so dass die avisierte Zielgröße als erreicht gelten kann.

Mit der Aufstellung des Haushaltsplans 2019 wurden vom Rat in seiner Sitzung am 13.12.2018 Verbesserungen aus dem Projekt Memorandum in Höhe von 19,9 Mio. Euro (DS-Nr.: 12124-18-E17) beschlossen. Diese Maßnahmen werden sofern noch nicht geschehen im Laufe der Bewirtschaftung 2019 umgesetzt.

Insgesamt wurden über das Projekt „Memorandum – Die Stadt zuerst – Zukunftspakt für eine nachhaltige Konsolidierung des Dortmunder Haushalts“ rund 68,5 Mio. Euro strukturell eingespart. Zur Vergleichbarkeit dieser Größenordnung sei angemerkt, dass diese Summe in etwa den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen eines großen Amtes wie der Städtischen Immobilienwirtschaft entspricht. Die einzelnen Maßnahmen des Projektes Memorandum sind als Anlage beigefügt.

Bei der Umsetzung der Maßnahmen zum Memorandum konnten nicht alle Verbesserungen in den im Ratsbeschluss vorgesehenen Themenfeldern erzielt werden. Einhergehend mit der steigenden Einwohnerzahl, zusätzlicher Aufgabenzuwächse und unerwarteter Entwicklungen mussten die Handlungsfelder erweitert werden. Auch die ursprüngliche Einschränkung auf Ertragssteigerungen zu verzichten hat sich als nicht haltbar erwiesen. Durch die Wahrnehmung von Aufgaben für den Bund und das Land sind zusätzlichen Belastungen für die Stadt Dortmund entstanden. In diesen Bereichen konnte daher keine Einsparungen auf der

---

Aufwandsseite erzielt werden. Dafür konnte – nicht zuletzt durch eine aktive Auseinandersetzung mit dem Land - eine Steigerung der Erträge durch eine höhere Refinanzierung erreicht werden. Ganz im Sinne des Ratsbeschlusses konnte es jedoch vermieden werden, den Bürgern der Stadt Dortmund höhere Belastungen aufzuerlegen (z.B. eine Erhöhung der Grundsteuer B).

Neben diesen enormen Verbesserungen des Memorandums haben alle Beteiligten der Verwaltung über die Jahre im Rahmen der Bewirtschaftung auf einen wirtschaftlichen Einsatz der vorhandenen Mittel geachtet, so dass es der Stadt Dortmund neben den Verbesserungen aus dem Memorandum gelungen ist, die geplanten Jahresfehlbedarfe jeweils zu unterschreiten. Im Jahresabschluss 2017 konnte der Jahresfehlbetrag auf einen einstelligen Millionenbetrag reduziert werden und für das Jahr 2018 wird die Stadt Dortmund erstmals seit Einführung des NKF voraussichtlich ein positives Jahresergebnis erzielen.

Das ursprüngliche Ziel des Haushaltsausgleichs im Jahr 2018 konnte durch das Memorandum nicht vollständig erreicht werden. Allerdings muss bei dieser Analyse mit einbezogen werden, dass durch die unabsehbare Entwicklung im Bereich der Flüchtlinge und die andauernden Auswirkungen der Zuwanderung aus Südosteuropa im Haushalt rund 55 Mio. Euro Belastungen p.a. entstanden sind.

Die Konsolidierungsbemühungen des Memorandums haben dazu beigetragen, dass die Stadt Dortmund die Belastungen der sogenannten Flüchtlingskrise und deren Auswirkungen weitaus besser überstanden hat als viele andere Kommunen und zu jeder Zeit finanziell handlungsfähig war.

Ohne diese Belastungen hätte bereits eher und dauerhaft ein Haushaltsausgleich dargestellt werden können.

Der mit Schreiben vom 12.02.2019 durch die Bezirksregierung genehmigte Haushaltsplan 2019 sieht für die Jahre 2019 und 2020 noch Jahresfehlbedarfe in Höhe von 35,2 bzw. 28,9 Mio. Euro vor. Ab dem Jahr 2021 weist die Planung einen ausgeglichenen Haushalt und sogar einen kleinen Überschuss aus.

Unabhängig davon konnte bereits 2017 mit einem Abbau von Kreditverbindlichkeiten begonnen werden. Die Liquiditätskreditverbindlichkeiten konnten zum 31.12.2017 im Vergleich zum Jahresanfangsbestand um 38,5 Mio. € reduziert werden, die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind ebenfalls leicht um 0,8 Mio. Euro zurückgegangen. Im Jahr 2017 konnten damit Kreditverbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 39,3 Mio. € abgebaut werden.

Auch in 2018 konnte der eingeschlagene Weg des Abbaus bestehender Verbindlichkeiten fortgesetzt werden. Zwar haben sich die Liquiditätskreditverbindlichkeiten zum 31.12.2018 im Vergleich mit dem Vorjahresstichtag wieder leicht um 10,6 Mio. € erhöht, die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen konnten jedoch mit 54,8 Mio. in erheblichem Maße reduziert werden. Zum 31.12.2018 ergibt sich somit eine Reduzierung der Gesamtkreditverbindlichkeiten um 44,2 Mio. € im Vergleich zum Vorjahresstichtag. Der Anstieg bei den Liquiditätskrediten ist dabei primär auf zahlungswirksame Einmaleffekte zurückzuführen, ohne deren Eintreten die Liquiditätskreditverbindlichkeiten auch im Jahr 2018 weiter zurückgegangen wären.

Dies ist eine weitere positive Entwicklung, die zur Erhaltung und Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Stadt Dortmund auch in Hinblick auf die Verantwortung für zukünftige Generationen beiträgt. Diesen Umstand begrüßt auch Herr Regierungspräsident Vogel in seinem Genehmigungsschreiben zum Haushalt 2019 ausdrücklich.

Das Projekt „Memorandum – Die Stadt zuerst – Zukunftspakt für eine nachhaltige Konsolidierung des Dortmunder Haushalts“ hat maßgeblich dazu beigetragen die außergewöhnlichen Belastungen der Vergangenheit aufzufangen und bildet eine gute Basis für die weiteren Planungen. Gleichwohl wird es vor dem Hintergrund der sich eintrübenden Konjunktur weiterhin erforderlich sein, den städtischen Haushalt mit Augenmaß zu bewirtschaften. Auch bei zukünftigen Maßnahmen wird die Verwaltung die Fraktionen im Rat der Stadt Dortmund in bewährter Form aktiv einbinden.

### **Zuständigkeit**

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 41 Abs. 1 Buchstabe u der Gemeindeordnung (GO NRW) und § 22 Abs. 1 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) NRW.